

STANDPUNKT

GVO-Zulassung: Brauchen wir eine bessere Risikoprüfung?

Die französische Ratspräsidentschaft plant, die wissenschaftliche Expertise der für die GVO-Risikoprüfung zuständigen Behörde EFSA re-evaluieren zu lassen. Ist die Prüfung zu beanstanden?

Pro



Ulrich Kelber,
SPD-Bundestagsfraktion

Gentechnisch veränderte Organismen dürfen nur zugelassen werden, wenn sie unbedenklich für Mensch, Tier und Umwelt sind. Dies schreiben die EU-Richtlinien und nationales Recht vor. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger in der EU darauf vertrauen und die Entscheidungen akzeptieren können. Das ist bisher nicht der Fall. Vielmehr ist

jede der bisherigen Zulassungsentscheidungen von zahlreichen offenen Fragen begleitet: Welche Daten werden zur Beurteilung der Unbedenklichkeit vorgelegt? Wie sind diese zu beurteilen? Wer kontrolliert? Wie kommt es, dass es Zulassungsentscheidungen ohne Auflagen gibt, ein spezifisches Monitoring aber kaum stattfindet? Die europäische Lebensmittelbehörde ist dabei ins Zentrum der Kritik geraten, insbesondere auch deshalb, weil die Auseinandersetzung mit den Einwendungen nationaler Behörden immer noch nicht ausreichend und kaum transparent ist.

Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen werden im Vorfeld der Zulassungen erst gar nicht geprüft. Welche Kosten entstehen durch die Einführung der jeweiligen gentechnisch veränderten Sorte insbesondere für Nichtbeteiligte? Ist dies zumutbar bzw. wie ist das vermeidbar? Welche Auswirkungen hat die Zulassung zum Beispiel in ökologisch besonders sensiblen Gebieten oder in Regionen mit ökologischem Anbau? Welche Kosten verursacht die Trennung von Warenströmen zum Beispiel bei Pflanzen mit besonderen Rohstoffeigenschaften oder für pharmakologische Zwecke? Wer verantwortlich handeln will, muss darauf vertrauen können, dass die Entscheidungsgrundlagen umfassend und sorgfältig erarbeitet werden. Mangelnde Transparenz, Ausklammerung zentraler Fragestellungen und der Verdacht, dass Risikobewertung und -management nicht unabhängig erfolgen, sondern interessengeleitet sein könnten, untergraben das Vertrauen in politische Entscheidungen und die Akzeptanz einer neuen Technik – insbesondere dann, wenn es um den hoch sensiblen Lebensmittelbereich geht und um Konstrukte, die kaum mehr rückholbar sind.

Dass nicht nur bei uns, sondern EU-weit das Zulassungsverfahren kritisiert wird, zeigen die französischen Vorschläge zur Überarbeitung. Ja, wir brauchen ein neues Zulassungsverfahren, das umfassender als bisher und transparenter Risiken und auch Chancen prüft. Nur so kommen wir aus der Blockade vieler Entscheidungen auf EU-Ebene heraus. ■

Kontra



Dr. Ricardo Gent, Geschäftsführer;
Deutsche Industrievereinigung
Biotechnologie im VCI

Die französische Ratspräsidentschaft stellt das EU-Zulassungsverfahren in Frage und diskutiert auch die Rolle der EFSA, die Risikobewertung und die Einbeziehung sozio-ökonomischer Kriterien in das Zulassungsverfahren. Eine Änderung der Risikobewertung ist unnötig, denn: In der EFSA erstellen

21 hochrenommierte und international anerkannte europäische Wissenschaftler rein wissenschaftlich die Risikobewertung für gentechnisch veränderte Produktkandidaten – stets nach neuestem Stand internationaler wissenschaftlicher Erkenntnisse. Dabei werden die Auffassungen der EU-Mitgliedstaaten berücksichtigt, was sich jederzeit auf den Internetseiten der EFSA nachlesen lässt.

Die Einbeziehung sozio-ökonomischer Kriterien in die Zulassung findet schon seit langem statt. Prominentestes Beispiel ist die Gewährleistung höchstmöglicher Sicherheit für Mensch, Tier und Umwelt durch das EU-Zulassungsverfahren selbst, mit seiner sehr strengen wissenschaftlichen Risikobewertung. Ein anderes prominentes Beispiel sind die EU-Leitlinien zur Koexistenz, die nach reinen ökonomischen Kriterien Anbauregeln für das Neben- und Miteinander von gentechnisch veränderten und konventionellen Kulturpflanzen vorgeben. Grundsätzlich gilt: Voraussetzung für wissenschaftliche Entscheidungen ist die politische Unabhängigkeit der EFSA bei der Sicherheitsbewertung gentechnisch veränderter Pflanzen.

Es wäre fatal für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Europa, wenn die Sicherheitsbewertung von gentechnisch veränderten Organismen und von anderen Innovationen von strenger Wissenschaftlichkeit und politischer Neutralität gelöst würden. Die Politik sollte sich einmal mehr darüber Gedanken machen, welchen hohen gesellschaftlichen Wert sie preisgibt, wenn sie wissenschaftliche Bewertungen von wissenschaftlichen Institutionen ständig in Frage stellt. Dabei hat die Politik genau jene Institutionen für sich selbst als Beratungsinstrument ins Leben gerufen.

Wir wünschen uns mehr Stimmen aus der Politik, die sich für die Wertschätzung wissenschaftlicher Erkenntnis stark machen, statt diffuse Ängste zu nutzen, um kurzfristig moralisches Wahlkapital einzuholen. ■